

# Thüringen in Europa – Europa in Thüringen

## grenzenlos transparent und nachhaltig

### Leitlinien grüner Europapolitik in Thüringen

Am 7. Juni 2009 finden in Deutschland wie in den meisten Mitgliedsstaaten der EU die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Diese Wahl ist zusammen mit der Kommunalwahl, die am selben Tag in vielen thüringischen Städten und Gemeinden stattfindet, der erste Urnengang der thüringischen Bevölkerung im Superwahljahr 2009. Wir stellen den thüringischen Wählerinnen und Wählern hier die Leitlinien grüner Europapolitik vor.

- **Unser Ziel ist ein grenzenloses und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger, das handlungsfähig nach innen und außen seine Verantwortung wahrnimmt. Für uns müssen beide Prozesse - Vertiefung und Integration – der EU weiter gehen. Dazu gehört für uns auch die Einführung eines europaweiten Referendums zu Fragen welche die grundsätzliche Zukunft der EU betreffen.**
- **Auch wir in Thüringen profitieren von so einer Europäischen Union. Die EU-Strukturfonds sind ein Beispiel für die enormen Chancen, die Thüringer nutzen kann. Der effektive Einsatz von Hunderten Millionen Euro erfordert aber eine nachhaltige Investitionspolitik, eine stärkere Mitbestimmung von Kommunen und Zivilgesellschaft sowie endlich Transparenz bei der Verwendung der Fördermittel. Wir wollen insbesondere die europäischen Fördermittel für integrierte Stadtentwicklung so eingesetzt wissen, dass die Attraktivität der Kernstädte steigt und der Flächenverbrauch für Wohn- und Gewerbeentwicklung an den Stadträndern sinkt.**
- **Klimaschutz ist der Schlüssel für Thüringens zukunftsfähige Entwicklung. Bei keinem anderen Thema ist der Nutzen so vielfältig: mehr Klimaschutz nutzt der Umwelt, fördert die Wirtschaft und sichert langfristig die Versorgung mit Strom und Wärme für uns alle. In diesem Bereich liegen besonders Chancen für die Entwicklung des ländlichen Raumes – sowohl für die Landwirtschaft als Energieproduzent als auch für klein- und mittelständische Unternehmen. Dies muss ein besonderer Förderschwerpunkt in Thüringen sein, denn der Freistaat ist ländlich geprägt.**
- **Wir wollen eine EU, die in ihrem Binnenmarkt einen rechtlichen Gestaltungsrahmen setzt, der durch weitestgehende Harmonisierung Wettbewerbsgerechtigkeit herstellt und der soziale und ökologische Nachhaltigkeit ermöglicht. Die EU kann so in der Globalisierung ein Modell sein gegen ein wirtschaftliches „laissez-faire“, das ohne verbindliche Regeln zu sozialen und ökologischen Verwerfungen führt.**

Thüringer Wählerinnen und Wähler, die unsere Vorstellungen von der Zukunft der EU wie wir sie hier darstellen teilen, und die generell das Europäische Parlament als Bürgervertretung stärken wollen:

**Gehen Sie am 7. Juni 2009 zur Europawahl und wählen Sie GRÜN für eine transparente, ökologische und soziale Europäische Union!**

## BEGRÜNDUNG

42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84

### **Unser Ziel: Ein grenzenloses und demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger**

Durch die friedliche Revolution von 1989, in der auch unsere historischen bündnisgrünen Wurzeln liegen, erkämpften sich Thüringerinnen und Thüringer mit Bürgermut den Zugang zu Freiheit und Demokratie. Wir trugen so auch dazu bei, dass der Eiserner Vorhang gefallen ist, der Europa über Jahrzehnte trennte.

Thüringen wie die anderen neuen Bundesländer wurde 1990 als erste der Regionen östlich des Eisernen Vorhangs Teil der EU. 2004 traten dann acht und 2007 zwei weitere Staaten und Nationen des ehemaligen Ostblocks der EU bei.

- Thüringen ist inzwischen fester Bestandteil des EU-Binnenmarktes. Der größte Teil der Exporte aus dem Freistaat geht in die benachbarten EU-Mitgliedsstaaten. Dennoch drohen Hemmnisse für die weitere erfolgreiche Entwicklung wie Fremdenangst und abschottender Provinzialismus. Diese dürfen aber nicht die Antwort auf die neue grenzenlose Herausforderung sein. Es ist generell vonnöten, dass engstirnige Regionalplanung, die stur an Grenzen halt macht, übergeht in grenzüberschreitende Planungen.

Die Erweiterungen der EU erhöhten zwangsläufig die strukturellen und institutionellen Herausforderungen. Daher braucht die EU, um weiterhin effektiv handeln zu können, einen institutionellen Umbau, der die Zusammenarbeit der EU-Staaten vertieft.

Bereits 2002 startete aus diesem Grund ein Konvent zur Zukunft der EU, der auch unter Beteiligung der damaligen Beitrittskandidaten einen Verfassungsentwurf erarbeiten sollte. 2004 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU aufgrund dieses Konvententwurfs dann den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“. Bei den nationalen Ratifizierungen dieses Verfassungsvertrags gingen jedoch die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden negativ aus.

Die EU-Staats- und Regierungschefs machten daher aus dem Verfassungsvertrag einen Reformvertrag, den sie im Dezember 2007 in Lissabon unterzeichneten. Bei den nationalen Ratifizierungen dieses Vertrags von Lissabon ging dieses Jahr nun ein Referendum in Irland negativ aus. Es ist daher momentan fraglich, wie die institutionelle Vertiefung der EU weitergeht.

- Die von uns geforderte und unterstützte Vertiefung der EU funktioniert nicht ohne die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern daher einen transparenten Verfassungsprozess, an dessen Ende ein einheitliches Referendum an einem Tag in der ganzen EU für alle EU-Bürgerinnen und Bürger steht. Dafür ist eine europäische Öffentlichkeit vonnöten, die schrittweise den rein nationalen Blickwinkel überwindet und somit zur Demokratisierung der EU beiträgt.
- Ein solcher Verfassungsprozess war bis jetzt nicht mit allen 27 Mitgliedsstaaten durchsetzbar, was wir Grüne bedauern. Dennoch wollen wir nicht wie die „Linke“ „das Kind mit dem Bade auszuschütten“. In Übereinstimmung mit der grünen Bundestagsfraktion meinen wir daher, dass die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon ein weiterer Schritt in die richtige Richtung ist, da
  - die EU-Grundrechtecharta einklagbaren Rechtsstatus erhält und somit die Rechte der Bürgerinnen und Bürger der EU gestärkt werden;

- 85 - die Position des Europäischen Parlaments (EP) dadurch gestärkt wird, dass die  
86 Mitentscheidung des EP im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren („Gemein-  
87 schaftsmethode“) zum Regelfall wird und die Haushaltsbefugnisse des EP er-  
88 weitert werden;
- 89 - die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft zugunsten eines Präsidenten-  
90 amtes und eines Teamvorsitzes im Rat abgeschafft wird;
- 91 - das Subsidiaritätsprinzip, das bisher nur auf das Verhältnis zwischen EU und  
92 Mitgliedsstaaten Anwendung fand, nunmehr auch auf das Verhältnis der EU  
93 zu den Kommunen angewendet wird;
- 94 - der Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gestärkt wird;
- 95 - mit dem Europäischen Bürgerbegehren erstmals ein Element der direkten De-  
96 mokratie auf europäischer Ebene Einzug hält.

97 Die institutionelle Reform der EU gewinnt an besonderer Dringlichkeit, weil die Vereinigung  
98 Europas ohne die Integration der Länder des ehemaligen Jugoslawiens noch nicht abgeschlos-  
99 sen ist. Der politischen Instabilität der Region kann nur durch einen zeitgleich erfolgenden  
100 Annäherungsprozess entgegen gewirkt werden. Die Perspektive eines EU-Beitritts trägt in  
101 diesen Staaten wesentlich dazu bei, dass ein zerstörerischer, hasserfüllter Nationalismus nie  
102 mehr Oberhand gewinnen kann und stattdessen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirt-  
103 schaftliche Entwicklung die Zukunft bestimmen.

104 Bei aller Offenheit für weitere Erweiterungen treten wir für die strikte Erfüllung der Kopen-  
105 hagerer Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft ein.

106 Die institutionelle Reform der EU ist auch eine Voraussetzung dafür, dass die EU Herausfor-  
107 derungen einer nötigen nachhaltigen Entwicklung anpacken kann, die von Nationalstaaten  
108 allein kaum noch zu lösen sind.

109

## 110 **Thüringen profitiert von der EU-Strukturförderung**

### 111 **Wir fordern mehr Transparenz und Beteiligung**

112 Die Europäische Regionalpolitik ist dem Ziel verpflichtet, Entwicklungsrückstände von Regi-  
113 onen abzubauen. Dieses Ziel ist der EU so wichtig, dass die EU-Strukturfonds inzwischen  
114 zum zweitgrößten Haushaltsposten geworden sind. Die neuen Bundesländer, damit auch Thü-  
115 ringen, haben seit 1993 diese Mittel in großem Umfang genutzt.

- 116 1. Die Förderprogramme legen fest, für welche Projekte die Mittel eingesetzt werden dürfen.  
117 Dabei gibt die EU-Kommission einen allgemeinen Rahmen vor – es ist Sache der Bundes-  
118 länder, die Programme je nach dem eigenen Entwicklungsbedarf zu konkretisieren.
- 119 2. Fördermittel sind Steuermittel. Bürgerinnen und Bürger sollten daher frühzeitig erfahren  
120 können, welcher Fördermittelempfänger wie viel Geld und für welches Projekt erhalten  
121 soll bzw. erhalten hat. Das aktuelle System der Information über den Einsatz der EU-  
122 Strukturfonds ist für Bürgerinnen und Bürger zu kompliziert und wenig transparent.
  - 123 ■ Wir setzen uns für ein transparentes und leicht verständliches System ein, damit  
124 jeder Bürger und jede Bürgerin erfahren kann, welche Fördermittel für wen und  
125 wofür bewilligt worden sind. Als Steuerzahler/innen haben sie ein Recht darauf.
- 126 3. Zu jedem Förderprogramm werden Begleitausschüsse gebildet, in denen neben den  
127 fondsverwaltenden Ministerien Wirtschaft-, Sozial- und Umweltpartner (WiSo-Partner)  
128 vertreten sind.

- 129           ▪ Wir wollen erreichen, dass die WiSo-Partner in den Begleitausschüsse rechtzeitig  
130 Zugang zu allen entscheidungsrelevanten Informationen erhalten und dass sie in  
131 ihrer Selbstorganisation und Entscheidungsfindung gestärkt werden, auch unter  
132 Nutzung von Mitteln der Technischen Hilfe. Dies trifft vor allem für diejenigen  
133 Organisationen zu, die die Arbeit im Begleitausschuss auf ehrenamtlicher Basis  
134 realisieren müssen.
- 135           ▪ Wir setzen uns konsequent dafür ein, dass die Begleitausschüsse Stimmrecht er-  
136 halten. Erst dann wird eine Mitwirkung auch für die Vertreter der Zivilgesellschaft  
137 relevant und wirkungsvoll – und die Ausschüsse von den Fondsverwaltern ernst  
138 genommen.
- 139 4. Städte und Gemeinden, Unternehmen und gemeinnützige Organisationen sind die Ebene,  
140 wo ein großer Teil der Fördermittel letztlich eingesetzt wird. Leider nehmen viele poten-  
141 tielle Zuwendungsempfänger die Möglichkeiten der Förderung aus Furcht vor der über-  
142 bordenden Bürokratie nicht wahr.
- 143           ▪ Für die Fördermittelempfänger muss das gesamte Procedere von der Antragstel-  
144 lung über die Evaluation bis zum Verwendungsnachweis wesentlich vereinfacht  
145 werden.
- 146           ▪ Um eine innovativere Verwendung der Fördermittel zu erreichen, schlagen wir  
147 vor, dass bei geeigneten Themen ergänzend zu den „formalen“ Antragsverfahren  
148 inhaltliche Wettbewerbe ausgerichtet werden. Das betrifft zum Beispiel den Ar-  
149beitsmarkt – andere Regionen in Deutschland haben hier gute Erfahrungen vorzu-  
150 weisen (Bremen; NRW).

151

## 152 **Integrierte Stadtentwicklung braucht eine starke Bürgerbeteiligung**

153 Die Institutionen der Europäischen Union haben in verschiedenen Beschlüssen und Doku-  
154 menten anerkannt, dass Städte eine zentrale Funktion für die Entwicklung der europäischen  
155 Wettbewerbsfähigkeit einnehmen.

156 Die Gemeinschaftsinitiative URBAN ist zwar seit 31.12.2006 beendet, aber die Stadtentwick-  
157 lung wird von 2007-2013 über den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung weiter ge-  
158 fördert. Experten nennen die Einordnung der Stadtentwicklung in die Regelförderung  
159 „Mainstreaming“. Damit verbunden sind zwei Effekte. Erstens: die Fördermittel werden (an-  
160 anders als bei URBAN) für alle Kommunen zugänglich – was grundsätzlich begrüßenswert ist.  
161 Zweitens aber - und das finden wir sehr bedenklich - die qualitativen Ansprüche sinken. UR-  
162 BAN hat für die integrierte Stadtentwicklung Maßstäbe gesetzt, hinter die man nicht zurück  
163 fallen sollte.

164 Thüringens Städte haben mit den verfügbaren EU-Mitteln, ihren zielgerichteten Einsatz vor-  
165 ausgesetzt, die Chance, die laufende Schrumpfung zu steuern, strukturelle Defizite zu beseiti-  
166 gen und neue Qualitäten zu entwickeln. . Mehr noch: Sie könnten sogar im Stadtumbau an  
167 Lebendigkeit und Zukunftsfähigkeit gewinnen!

- 168 • Wir kämpfen dafür, dass die Inhalte der *Charta von Leipzig* als Leitbild der Stadtent-  
169 wicklung angewandt werden. D. h. dass ein beschlossenes Programm zur integrierten  
170 Stadtentwicklung (SEKO oder INSEK) zur Voraussetzung jeglichen Einsatzes von EU-  
171 Mitteln gemacht wird.
- 172 • In unserem Verständnis lässt sich integrierte Stadtentwicklung nicht auf bauliche Maß-  
173 nahmen reduzieren. Bürgerbeteiligung, Förderung der sozialen Integration und der loka-

174        len Ökonomie gehören in das Paket. Wir setzen uns dafür ein, dass Projekte wie Quar-  
175        tiersmanagement weiter finanziert werden.

176        •        Wir wollen, dass die öffentlichen Mittel eingesetzt werden, Schrumpfung qualitativ so  
177        zu steuern, dass der erhaltenswerte Altbaubestand in den Stadtquartieren saniert und der  
178        nach wie vor laufenden Zersiedelung entgegen gewirkt wird. Diese Strategie bewahrt  
179        die Städte vor einem unwiederbringlichen Kultur- und Gesichtsverlust.

180        •        Wir setzen uns dafür ein, dass langfristig nicht zu haltende Wohngebäude und Infra-  
181        struktur sozialverträglich zurück gebaut werden.

182        •        Wir stehen dafür, dass in diesem Zusammenhang vor allem in Energieeffizienz (Gebäu-  
183        desanierung), in die Nutzung von Erneuerbaren Energien und in den Denkmalschutz in-  
184        vestiert wird, weil Investitionen in diesen Bereichen Werte und Arbeitsplätze in vielen  
185        Handwerksbetrieben schaffen.

186

## 187        **Klimaschutz ist DER Schlüssel für unsere Zukunftsfähigkeit**

188        Wir sagen immer wieder: Wir stehen für weitere Investitionen in Kohle oder Atom nicht zur  
189        Verfügung, umso stärker wollen wir uns für Energiesparen und Erneuerbare Energien enga-  
190        gieren.

191        •        **CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel.** Wir sind der Überzeugung, dass über 30% weniger CO<sub>2</sub> bis 2020  
192        möglich sind – und wir dennoch nicht mit dicken Pullovern bei Kerzenschein sitzen  
193        müssen. Das erfordert allerdings große Anstrengungen, zu denen die EU derzeit nicht  
194        gewillt ist.

195               ○        Wir fordern, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis 2020 min-  
196        destens 30% der CO<sub>2</sub>-Emissionen innerhalb ihrer Grenzen reduzieren. Gleich-  
197        zeitig fordern wir die EU auf außerhalb ihrer Grenzen CO<sub>2</sub>-Einsparpotentiale  
198        zu nutzen, indem sie Länder des Südens bei deren Klimaschutzanstrengungen  
199        technologisch und finanziell unterstützt.

200        •        **Kommunaler Klimaschutz:** Die hohen Energiepreise sind eine Chance fürs Klima –  
201        denn sie zwingen zum Handeln. Thüringens Städte und Gemeinden sollen mit kommu-  
202        nalen Klimaschutzaktivitäten auf der lokalen Ebene Vorreiter im Klimaschutz werden.  
203        Seit Juni 2008 können sie Fördermittel des Bundes bei der Aufstellung kommunaler  
204        Klimaschutzprogramme sowie der Einstellung kommunaler Klimaschutzmanager nut-  
205        zen. So sollen Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien gefördert  
206        werden.

207               ○        Eine energetisch hochwertige Sanierung des Gebäudebestandes ist für Kom-  
208        munen Herausforderung und Chance zugleich, denn so wird beim CO<sub>2</sub>-Sparen  
209        gleichzeitig die Haushaltskasse entlastet. Wir setzen uns dafür ein, dass die e-  
210        nergetische Sanierung von Wohn- und Gewerbegebäuden beschleunigt wird.

211               -        Kommunen können sich durch europäische Programme orientieren, an-  
212        regen, fördern und unterstützen lassen. Wir empfehlen den „European  
213        Energy Award“ oder „GreenBuilding“ als Programme stärker zu nut-  
214        zen!

215               -        Die vom Bund geförderte beispielhafte CO<sub>2</sub>-neutrale Gebäudeenergie-  
216        versorgung zeigt den Weg aus der umweltverbrauchenden zentralen  
217        Versorgung in dezentrale umweltgerechte Strukturen.

- 218 - Thüringen muss verstärkt auf Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung auf  
219 Basis erneuerbarer Energien statt weiter auf den Bau konventioneller  
220 Kohlekraftwerke setzen. Eine Übergangstechnologie auf dem Weg da-  
221 hin ist die städtische Energieversorgung in Kraft-Wärme-Kopplung auf  
222 GuD-Basis (Gas- und Dampf-Heizkraftwerke).
- 223 ○ Kommunale wie auch Landesverwaltungen können ihren Beitrag zur Senkung  
224 verkehrsbedingter Emissionen leisten, indem sie
- 225 - in Dienstreiseordnungen den konsequenten Vorrang umweltfreundli-  
226 cher Verkehrsträger durchsetzen
- 227 - umweltfreundlichere kleinere Dienstwagen nutzen und bei städtischen  
228 Dienstleistungen und im Fuhrpark auf alternative Antriebe umstellen
- 229 - bzw. durch Nutzung von CarSharing ganz auf eigene Fuhrparks ver-  
230 zichten.
- 231 • **Energieeffizienz:** Derzeit werden immer noch 20% der Energie verschwendet, weil sie  
232 nicht effizient genutzt wird. 100 Mrd. € kostet das europaweit bis 2020. Wir wissen alle:  
233 Energiesparen rechnet sich.
- 234 ○ Die EU will energieeffizienteste Region der Welt werden. Wir setzen uns dafür  
235 ein, dass die möglichen 20% Verbesserung der Energieeffizienz zum *verbind-*  
236 *lichen* Ziel der EU werden.
- 237 ○ Wir begrüßen, dass private Investitionen in die Energieeffizienz durch Mittel  
238 der EU gefördert werden. Programme wie die Umweltinvestitionsfonds der  
239 Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sollen unserer Ansicht nach stärker ge-  
240 fördert werden – denn hier liegt die Zukunft.
- 241 • **Subventionen:** Noch immer werden „schmutzige“ Energien subventioniert, d. h. ge-  
242 genüber umweltfreundlichen Energieträgern künstlich verbilligt.
- 243 ○ Wir treten dafür ein, dass diese Subventionen zugunsten der Förderung erneu-  
244 erbarer Energien umgeschichtet werden.
- 245 ○ Des Weiteren sollten die externen Kosten der nicht regenerativen Energieträ-  
246 ger, die z.B. durch Umweltschäden entstehen, transparent dargestellt werden.  
247 Die Europäische Umweltagentur schätzt diese auf jährlich 40-70 Milliarden €.
- 248 • **Sonne, Wind und Biomasse.** Europa hat gerade erst begonnen, sein enormes Potenzial  
249 an erneuerbaren Energien zu nutzen. Studien zeigen, dass es langfristig möglich ist, den  
250 Strombedarf Europas durch erneuerbare Energiequellen zu decken, wenn die richtigen  
251 Strategien und Maßnahmen ergriffen werden. Das 20%-Ziel der EU für erneuerbare E-  
252 nergien im Jahre 2020 ist ein guter Start, aber das Potenzial ist viel größer. Ihr Anteil an  
253 der Europäischen Stromversorgung kann bis 2020 auf 35% erhöht werden.
- 254 ○ Wir begrüßen und unterstützen die Idee der Europäischen Grünen zur Grün-  
255 dung einer *Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE)*.  
256 Das würde eine entscheidende Unterstützung für die Entwicklung der Erneuer-  
257 baren Energien durch Forschungsförderung, Pilotprojekte und Netzentwick-  
258 lung bedeuten. Die meisten Europäer sehen die Erneuerbaren Energien als  
259 Schlüssel für die Energieerzeugung der Zukunft. Die Europäische Kommission  
260 und manche Mitgliedsstaaten müssen dies endlich anerkennen und nicht weiter  
261 auf eine Renaissance der Atomkraft hoffen.

- 262           ○ Thüringen hat bei der Förderung der Erneuerbaren Energieträger erheblichen  
263 Nachholbedarf. Fährt man durch Brandenburg oder Sachsen-Anhalt, sieht man  
264 Windräder – mitunter soweit das Auge reicht. Was ist in Thüringen? Auch hier  
265 gibt es genügend Flächen, die unter Beachtung aller Auswirkungen auf Natur  
266 und Mensch nutzbar sind. Gleiches gilt für Biomasse – auch hier wird viel Po-  
267 tential verschenkt.
- 268           ○ Thüringen braucht eine Solar-Offensive. Die Landesregierung ist stolz auf die  
269 Ansiedlung bedeutender Solarzellenhersteller – zu Recht. Umso peinlicher,  
270 wenn Besucher aus dem In- und Ausland nach dem Besuch der Produktions-  
271 standorte ins ferne Baden-Württemberg gefahren werden, um Photovoltaik in  
272 der Praxis zu demonstrieren. Dabei haben auch in Thüringen unzählige private  
273 und gewerbliche Nutzer von Solarenergie bewiesen, dass die Behauptung der  
274 Landesregierung vom „Schwarzen Loch Thüringen“ eine gewaltige Fehlein-  
275 schätzung ist.
- 276

## 277 **Die EU muss sozialer werden**

278 Die solidarische Idee der EU-Strukturpolitik ist ein Beispiel dafür, dass die EU heute mehr als  
279 eine Wirtschaftsgemeinschaft ist. Allerdings hält die fortschreitende Integration der Märkte  
280 im EU-Binnenmarkt, die sicherlich die Wirtschaftsleistung der gesamten EU erhöht, nicht mit  
281 ihrer sozialpolitischen Ausgestaltung mit.

282 Die sozialen Verwerfungen in den EU-Mitgliedsstaaten lassen sich nicht mehr allein auf nati-  
283 onaler Ebene lösen. Nein, im Gegenteil: aufgrund der von manchen EU-Institutionen momen-  
284 tan vertretenen Dominanz des Wettbewerbsrechts droht den sozialen Sicherheitssystemen und  
285 Grundwerten wie der Tariftreue bzw. Tarifautonomie im EU-Binnenmarkt die Erosion.

286 Die EU hat zwar keine Kompetenzen in Fragen Tarifhoheit bzw. Streikrecht. Der EuGH maßt  
287 sich beispielsweise aber bei seiner Entscheidung im Fall „Rüffert“ an, politisch legitimes  
288 Arbeitsrecht gegen unternehmerische Freiheit abzuwägen und stillschweigend zu kassieren.

289 Ein weiteres Beispiel für eine drohende soziale Schieflage durch die Dominanz des Wettbe-  
290 werbsrechts ist die Gefahr, dass die EU-Kommission darauf drängt, soziale Daseinsvorsorge  
291 (Kindergärten, Pflegedienste, Behindertenhilfe, Drogenberatungsstellen, Frauenhäuser usw.)  
292 ungeschützt dem Wettbewerb auszusetzen.

293 Solche Entscheidungen in manchen EU-Institutionen verringern sicherlich eher die Akzeptanz  
294 der europäischen Integration in der breiten Bevölkerung als dass sie sie steigern.

- 295           • Wir setzen dem eine pro-europäische Vision entgegen: Den Gedanken eines *sozialen*  
296 *Binnenmarktes*. Das Liberalisierungsziel des Binnenmarktes muss sozialen Zielen  
297 gleich gestellt werden. Wir wollen die Dominanz des Wettbewerbsgedankens und des  
298 „laissez-faire“ im Binnenmarkt, den Abgeordnete von CDU/CSU und FDP im Euro-  
299 päischen Parlament unterstützen, brechen. Auch hier ist der Vertrag von Lissabon ein  
300 Schritt in die richtige Richtung. Wer von der europäischen Integration soziale Fort-  
301 schritte fordert, darf sich nicht wie die „Linke“ gegen diesen Vertrag stellen. Er enthält  
302 mit der EU-Grundrechtecharta ja gerade wichtige soziale Grundrechte; außerdem wird  
303 in ihm auch die Zielsetzung des gemeinsamen Binnenmarktes um das Ziel einer wett-  
304 bewerbsfähigen *sozialen* und *ökologischen* Marktwirtschaft ergänzt.
- 305           • Wir begrüßen auch, dass der Vertrag von Lissabon zum ersten Mal im europäischen  
306 Primärrecht die Grenzen des Binnenmarktes bei der Daseinsvorsorge deutlicher zieht.  
307 So stellt er klar, dass es die EU-Mitgliedsstaaten und nicht die EU-Institutionen sind,

308 die die Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger finanzieren, bereitstellen und  
309 in Auftrag stellen. Klarer als bisher werden durch den Vertrag auch die Verantwortung  
310 und Gestaltungsmöglichkeit der kommunalen und der regionalen Verwaltung für diese  
311 Dienste betont. Die Grünen im Europäischen Parlament werden sich daher nach In-  
312 krafttreten des Vertrags von Lissabon dafür einsetzen, dass sich die EU-Kommission  
313 dem neuen Primärrecht unterordnet und den Kommunen in der Daseinsvorsorge wie-  
314 der mehr Autonomie einräumt. Die selbst bestimmte Daseinsvorsorge der Kommunen  
315 kann also nicht nur bei der Kommunal-, sondern eben auch bei der am selben Tag  
316 stattfindenden Europawahl durch ein Kreuz bei Bündnis90/Die Grünen gestärkt wer-  
317 den.

318 • Für ein sozialeres Europa ist es aber auch wichtig, dass erkannt wird, dass ein europa-  
319 weiter Arbeitsmarkt bereits existiert. Dadurch muss auch die Rolle der Tarifpartner,  
320 der Gewerkschaften und des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene geklärt werden.  
321 Ebenso muss die EU-weite Übertragbarkeit sozialer Leistungsrechte ermöglicht bzw.  
322 verbessert werden.

323 • Teil der sozialen Dimension ist die Durchsetzung einer europaweiten Antidiskriminie-  
324 rungspolitik. Wir treten dafür ein, dass diese Grundsätze nicht nur im Privatrecht son-  
325 dern auch für Waren und Dienstleistungen angewendet werden müssen.

326 Langfristig können wir uns auch einen europäischen Mindestlohn und ein in ganz Europa gel-  
327 tendes bedingungsloses Grundeinkommen vorstellen. Uns ist aber klar, dass Kernbereiche  
328 nationaler Sozialpolitik wie soziale Sicherungssysteme und Beschäftigungspolitik derzeit  
329 nicht in der Kompetenz der EU liegen. Manche EU-Mitgliedsstaaten sehen europaweite sozia-  
330 le Mindeststandards sogar als unsolidarischen Protektionismus an. Daher kann eine weiterrei-  
331 chende EU-Integration in sozialen Fragen nur vorankommen, wenn sie langfristig von einer  
332 europäischen Öffentlichkeit gefordert wird.

333 Wir Grüne haben hier die Hoffnung und den Willen, dass die EU langfristig unter Einhaltung  
334 des Subsidiaritätsprinzips ihrem Binnenmarkt einen rechtlichen Gestaltungsrahmen gibt, der  
335 europaweit eine nachhaltige soziale und ökologische Entwicklung ermöglicht. Sie kann so in  
336 der Globalisierung ein Modell gegen ein wirtschaftliches „laissez-faire“ sein, das ohne ver-  
337 bindliche Regeln zu sozialen und ökologischen Verwerfungen führt.

338 Wir Grüne gehörten seit je her zu den Vordenkern der Europäischen Sache und werden uns  
339 weiter dafür stark machen dass unser Europa ein grünes Europa wird. Auch auf der europäi-  
340 schen Ebene müssen deshalb urgrüne Ziele wie die Stärkung der Frauenerwerbstätigkeit, die  
341 Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Chancengleichheit –und diese  
342 insbesondere im Zusammenhang mit regionalen Entwicklungsunterschieden in Europa- ge-  
343 fördert bzw. deren Umsetzung gefordert werden.

344 Deshalb lohnt es sich auch in Zukunft zusammen mit unseren Schwesterparteien in den ande-  
345 ren Mitgliedsstaaten für unsere Vision einer transparenten, ökologischen und sozialen Euro-  
346 päischen Union zu kämpfen.